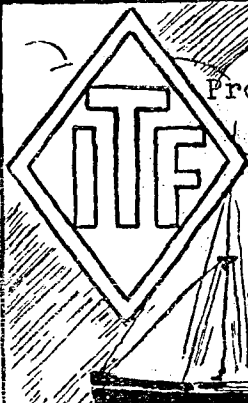


Proletarier aller Länder, vereinigt Euch.



**DIE
SCHIFFFAHRT**

No. 10

1937

Organ des Gesamtverbandes der Seeleute,
Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutsch-
lands. Angeschlossen an die I.T.F.
Erscheint monatlich.

K r i e g s g e f a h r - S e i d b e r e i t .

S p a n i e n .

Als vor 16 Monaten der Aufstand der faschistischen Generale gegen die rechtmässige Republik Spaniens ausbrach, war sich die Welt bald darüber im Klaren, dass die Manager dieser Rebellion in Berlin und Rom zu suchen waren. Die faschistische Internationale, identisch mit den Expansionsbestrebungen der Italiener am Mittelmeer und dem Hunger des rohstoffarmen aufrüstenden Deutschland, hatte nicht nur beide Hände mit im Spiel, sondern auch von vornherein weit mehr bei diesem

Unternehmen als Ziel ins Auge gefasst, als die Welt damals begreifen konnte. Erst sehr spät, fast schon zu spät, haben England und Frankreich erkannt, um was es in Spanien geht. Bereits haben sich die Italiener auf den Balearen festgesetzt, haben die Deutschen gegenüber von Gibraltar schwerste und weittragende Batterien und Flugplätze gebaut, sind bereits heute die Verbindungen der Franzosen nach ihren nordafrikanischen Besitzungen und der Seeweg Englands nach Indien in Gefahr, im Falle eines Krieges abgeschnitten zu werden. Noch waren England und Frankreich nicht im Stande, trotz aller diplomatischen Anstrengungen, von Italien oder Deutschland die Zusage auf Einstellung der Unterstützung an die Rebellen zu bekommen. Garnicht zu reden von der Zurückziehung der nach Spanien kommandierten sogenannten Freiwilligenformationen.

Wenn es heute überhaupt noch eine Republik Spanien gibt, dann liegt das einzig und allein nur an dem Heldenmut der spanischen Arbeiter und Bauern, die unter Einsatz ihres Lebens in dem entscheidenden Teil Spaniens den Aufstand der faschistischen Militärs im Keim erstickten, und die ausserdem, schlecht bewaffnet und ohne genügende Ausrüstung, einen grossen Teil Spaniens von den Rebellen säuberten und bis heute verteidigten. Tausende herbeigeeilter revolutionärer Arbeiter aus allen Ländern nahmen in den internationalen Brigaden am Freiheitskampf des spanischen Proletariats gegen die Faschisten teil, halfen die Angriffe auf Madrid abschlagen und besiegten die Faschisten in Guadalajara und Brunete. Trotz der Gewaltanstrengungen Deutschlands und Italiens, trotz des Einsatzes ganzer Heeresteile dieser faschistischen Staaten, konnten sie die Armee des freiheitsliebenden spanischen Volkes nicht schlagen.

Es hat in der letzten Zeit den Anschein, als ob die nichtfaschistischen Staaten, vor allen Dingen England und Frankreich, ihre sogenannte Nichtinterventionspolitik, die einseitig

nur den Faschisten zugute kam, ändern wollten.

Es wird höchste Zeit. Die spanische Regierung muss das Recht bekommen, alles nötige Kriegsmaterial, welches sie zur Niederschlagung der rebellischen Generale und der italienischen und deutschen Interventionstruppen gebraucht, im Auslande zu kaufen. Die Kriegstreiber in Rom und Berlin aber müssen gezwungen werden, ihre Truppen aus Spanien zurückzuführen.

In Spanien steht mehr auf dem Spiel als nur das Schicksal der spanischen Arbeiter und Bauern. Die Niederlage Deutschlands und Italiens auf der iberischen Halbinsel ist gleichbedeutend mit einer entscheidenden Niederlage des Faschismus in ganz Europa.

Die deutschen Seeleute, Binnenschiffer und Hafearbeiter werden wie bisher nach Möglichkeit zu dieser Niederlage Hitlers und Mussolinis, die auch ihre Unterdrücker sind, mit beitragen.

C h i n a .

Der von der dritten faschistischen Macht, Japan, vor einigen Monaten angezettelte militärische Überfall auf China hat sich inzwischen zu einem Krieg allergrössten Ausmasses ausgewachsen. Heldenmütig leisten die Chinesen an den Fronten in Nordchina und in Changhei erbitterten Widerstand. Bisher war es den Japanern unmöglich, trotz der erbarmungslosen Luftbombardements von Tschapei und des schonungslosen Einsatzes ganzer Armeekorps, diese Stadt einzunehmen. In Nordchina gelang es ihnen bis heute nicht, auch nur eine Armee der Chinesen vernichtend zu schlagen. In richtiger Erkenntnis der drohenden Gefahr haben die Chinesen alle inneren Streitigkeiten beendet, haben eine Einheitsfront zur Verteidigung ihres Landes geschaffen, an der die japanische Invasionsarmee früher oder später scheitern muss. Die rote Armee der chinesischen Sowjetgebiete hat sich in diesem Freiheitskampf der Chinesen mit den Regierungstruppen vereinigt und befindet sich mit diesen in einer Front gegen die japanischen Eindringlinge. Deutschland leistet auf Grund seiner

Geheimabmachung mit Japan dem letzteren be-
reits ganz erhebliche Hilfe. Vier grosse Ost-
asienschiffe sind bereits von Hamburg und Bre-
men mit Kriegsmaterial für die Japaner bestimmt
nach dem Fernen Osten abgegangen. Diese Sen-
dungen werden sich in der allernächsten Zeit
noch verstärken.

Deutsche Seeleute und Binnenschiffer.

Ebenso wie in Spanien handelt es sich bei
dem von den Japanern angezettelten Krieg in
China um ein Abenteuer der faschistischen In-
ternationale. Unsere Sympathie ist deshalb auf
Seiten des chinesischen Volkes. Wir müssen, in
Übereinstimmung mit der Stellungnahme der
i n t e r n a t i o n a l e n A r b e i t e r -
s c h a f t alles in unseren Kräften stehen-
de tun, um eine Niederlage der faschistischen
Kriegstreiber herbeizuführen. Der Brand im
Fernen Osten und in Spanien kann morgen schon
zum allgemeinen Weltbrande werden.

Japan, Italien und Deutschland sind mili-
tärlich heute bereits so stark, dass sie glau-
ben, den Kampf mit den demokratischen Staaten
aufnehmen zu können. Wir wissen nicht, wann die-
ser Kampf ausbrechen wird. Aber über eins sind
wir uns klar, dieser Kampf wird uns finden auf
der Seite der j e e n i g e n S t a a t e n,
die gegen unsere faschi-
s t i s c h e n R e g i e r u n g e n k ä m p -
fen.

In diesem Sinne wollen wir uns schon heu-
te auf die kommende Auseinandersetzung vorbe-
reiten.

Meldet alle Kriegstransporte.

Schliesst die Reihen der Antifaschistia-
schen Wassertransportarbeiter an Bord und in
den Häfen noch fester um Eure Vertrauensleute.

Treffet alle Massnahmen, damit im Falle
eines Eintritts des faschistischen D
De u t s c h l a n d s in den Krieg,
Unsere Gegenaktion durchgeführt werden
kann.

U n s e r e P a r o l e i s t :

B e i K r i e g s a u s b r u c h k e i n
d e u t s c h e s S c h i f f z u r ü c k
i n e i n e n d e u t s c h e n H a f e n .

Die Vertrauensleute.

Zur Heuererhöhung.

Wenn auch um die Erhöhung der Heuern in der deutschen Seeschifffahrt, die fast ausschliesslich nur den Vollchargen an Deck und in der Maschine zugute kam, kein eigentlich organisierter Kampf, etwa ein S t r e i k geführt wurde, so ist die Verbesserung doch nicht etwa auf den guten Willen der Reeder oder der b r a u n e n M a c h t h a b e r zurückzuführen.

Die Unzufriedenheit aller Seeleute hatte bereits einen solchen Grad erreicht, dass die Regierung eingreifen m u s s t e , und eine Heuererhöhung einfach b e f a h l .

Die von höheren braunen Stellen erwartete Begeisterung, Umschwung der Stimmung unter den Seelenten zu mehr Nazifreundlichkeit oder etwa gar Dankbarkeit ist ausgeblieben. Die in der letzten Zeit immer mehr fühlbar werdende antifaschistische Einstellung der deutschen Besatzungen macht auch nach der Heuererhöhung s i c h t b a r e F o r t s c h r i t t e .

Für 17 Mark kann man weder Heizer, Trimmer noch Matrosen kaufen ! ; ; ;

Das Schlimme für die Nazis ist, dass an Bord zwar über die Heuererhöhung gesprochen wird, aber im e n t g e g e n g e s e t z t e n S i n n e , wie Hermann Göring es sich vielleicht vorstellt. Wenn schon in den Logis des Deck- und Maschinenpersonals in dieser Frage ein ganz rauher, für die Nazis sehr u n a n g e n e h m e r T o n herrscht, dann kann man sich vorstellen, was in den Logis des Verpflegungs- und Bedienungspersonal gesprochen wird, die man bei der Heuererhöhung übergangen hat.

In der Einstellung zum Hungerhakensystem hat sich

bei den Seeleuten nichts geändert. Der Nationalsozialismus, der so schon kein Bein an Deck bekommen konnte, verliert weiter an Boden. Wo noch NSDAP-Zellen an Bord bestehen, sind sie vielbespöttelte und belachte Idiotenkubs, wo noch Stützpunktabende und ähnliches stattfindet (Schulungsabende u.s.w.) kann man nur durch Zwang und Befehl die Besatzungsmitglieder zusammenbringen.

Die Heuererhöhung ist nur ein Eingeständnis, dass man die Seeleute braucht und dass man befürchtet, dass die Unzufriedenheit der Besatzungen offen zum Ausbruch kommt und dadurch Schwierigkeiten für das "Dritte Reich" entstehen.

Das ist die Meinung der deutschen Besatzungen, die immer mehr begreifen, welche Macht sie eigentlich darstellen.

Siehe Extra-Beilage: Zur Heuererhöhung.

U n t e r b e m a n n u n g !

Ein grosser Teil der deutschen Schiffe in der Nord- und Ostseefahrt fährt unterbemannt! Da gute Heizer sehr knapp sind oder auch überhaupt nicht zu haben, gehen Schiffe in See, die nur einen befahrenen Heizer an Bord haben, der dann auf See die unbefahrenen Trimmer anlernen muss!

An Deck besteht sehr oft die Besatzung aus 1 Matrosen, 2 Jungleuten und 1 Jungen. Solche Schiffe sind, laut Vorschrift der Seeberufsgenossenschaft nicht seetüchtig! und müssten in den Häfen festgehalten werden, bis eine vorschriftsmässige Besatzung angemustert ist;

aber die Seeberufsgenossenschaft reagiert

garnicht darauf! Ob die Schiffe unterbemannt sind, geht ihr scheinbar im "Dritten Reich" nichts mehr an! Die Seeleute aber sollen sich nur abschuften und ruhig ihr Leben auf diesen unterbemannten Schiffen riskieren für die riesigen Profite, die die deutschen Reeder heute an der Aufrüstung verdienen. K o l l e g e n !

Mustert von den unterbemannten Schiffen ab !
Ihr vergrössert dadurch die Schwierigkeiten
der deutschen Kriegstreiber!

"Kraft durch Freude"- Neubau "Wilhelm Gustloff".

Der vor längerer Zeit bereits vom Stapel gelaufene "Wilhelm Gustloff" wurde von den bei dem Bau beschäftigten Werftarbeitern " U . S . A " genannt!

Auf die Frage eines ausländischen Genossen, warum die Arbeiter denn das Schiff "U.S.A." nannten, sagte man ihm, das hiesse:

U n s e r e s o z i a l e n A b g a b e n !

Richtlinien der Aktivgruppen der I.T.F.

Im Interesse des einheitlichen Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften und der grösstmöglichen Sicherung ihrer Arbeit gegen den Terror der Gestapo haben sich die freigewerkschaftlichen Aktivgruppen der deutschen Seeleute, Binnenschiffer und Hafentarbeiter, sowie der Eisenbahner und Transportarbeiter vor geraumer Zeit unter anderem auf folgende Richtlinien geeinigt:

Jeder Kollege, der sich am Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften der deutschen Seeleute, Binnenschiffer und Hafentarbeiter, sowie der deutschen Eisenbahner und Transportarbeiter beteiligt, verpflichtet sich ganz gleich welcher Partei oder politischer Gruppierung er angehört für die Dauer der Zugehö-

rigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Aktivgruppe, von jeder Arbeit für seine Partei oder Gruppierung Abstand zu nehmen.

Er verpflichtet sich, sich jeder Fraktionsarbeit in den Aktivgruppen zu enthalten und keiner parteipolitischen Zelle, die Einfluss auf diese Gewerkschaftsarbeit nimmt oder nehmen will, anzugehören.

Er verpflichtet sich, kein anderes Material unter den Kollegen des Organisationsbereichs zu verbreiten als Literatur, die von der freigewerkschaftlichen Leitung herausgegeben und gutgeheissen wird.

Innerhalb der Aktivgruppen besteht im Rahmen der durch die konspirative Sicherung gezogenen Grenzen proletarische Demokratie;

Beschlüsse der Mehrheit gelten auch für die Minderheit.

H i l f a m N e u a u f b a u
D e i n e r G e w e r k s c h a f t !

Seeleute und Binnenschiffer!

Es kommt immer wieder vor, dass Denunzianten an Bord oder in den Häfen, (auch in ausländischen Häfen) versuchen, sich an Euch heranzumachen, um Einblick in unsere Organisation zu bekommen!

Seid vorsichtig!

Niemals vertrauensselig sein, wenn Ihr nicht wisst, mit wem Ihr es zu tun habt!

Die Sicherheit der illegalen Organisation und Eure eigne persönliche Sicherheit ist von Eurem Verhalten abhängig.

Meldet alle zweifelhaften Elemente!

Warnt alle Kollegen an Bord und die Aktivgruppen in den ausländischen Häfen, damit bei Gelegenheit solche Kreaturen unschädlich gemacht werden können!

R h e i n s c h i f f a h r t .

Volksgemeinschaft oder Klassenkampf?

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist eine Tatsache, die auch durch die nationalsozialistische Volksgemeinschaft in keiner Weise hinweggezaubert werden kann. Diese Tatsache gilt es zu sehen und dementsprechend zu handeln.

In früheren Jahren war es so, dass Organisationen, von Arbeitern gegründet und zusammengehalten, sich für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiter einsetzten. Die politischen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften konnten als Ausdruck der Stärke der Arbeiterklasse angesehen werden. Zahlenmässig stellten sie eine bedeutende Macht dar im demokratisch regierten Deutschland. Die Gewerkschaften waren noch bis 1929 im Stande, ziemlich gute Tarife für ihre Mitglieder abzuschliessen. Eine verhältnismässig gute Sozialgesetzgebung im Interesse der Arbeiterschaft war erreicht worden. In vielen Staatsämtern und Kommunalpositionen hatten sich die Vertreter der politischen Arbeiterparteien eingebaut. Ein Teil der ursprünglichen Klassenkampforganisationen war in den Staat hineingewachsen und zum Teil selbst mit ihm verwachsen. Der rechte Flügel der Arbeiterorganisationen (und damit auch die Freien Gewerkschaften) sahen einen Teil des Staates in sich selbst. Sie fühlten sich für den Staat verantwortlich und machten mit allen Mitteln Front gegen jenen Teil der Arbeiterorganisationen, die den Staat nicht als ihre n. Staat ansahen, sondern ihn bekämpften.

Heute hat jeder deutsche Arbeiter begriffen, dass die Politik der rechten Arbeiterorganisationen grundfalsch war, dass diese Politik zu weiter nichts führte, als zur grössten Niederlage, die jemals der Arbeiterschaft eines Landes zugefügt wurde. Die Arbeiter wurden von 1918 - 1932 mit allen Mitteln ruhig gehalten, und in derselben Zeit gestattete man der Reaktion, alle Vorbereitungen zu treffen, um den grossen Schlag, nicht nur gegen die Arbei-

terorganisationen, sondern auch gegen die Demokratie zu führen.

Die demokratische Republik und alle damit verbundenen Organisationen endeten eigentlich durch Selbstmord. Bereits kurz nach 1918 begannen die Arbeitgeber immer wieder zu versuchen, die ihnen unangenehme Arbeitsgesetzgebung zu umgehen und zu sabotieren. Die Sabotage der Arbeitgeherr, die sich während der ganzen Zeit der Republik doch als Herren im Hause fühlten, wurde nur immer dann vorübergehend gebrochen, wenn die Arbeiterschaft wirklich ihre Macht zeigte. In den Krisenjahren von 1930 - 33 steigerten sich die Angriffe der Arbeitgeber auf alle Errungenschaften der Arbeiterklasse und als erster Erfolg gelang es den Ausbeutern, den Lebensstandard der deutschen Arbeiter zu senken. Das Überangebot von Arbeitswilligen am deutschen Arbeitsmarkt erleichterte den Ausbeutern den Angriff, der sich zuerst gegen die von den Freien Gewerkschaften abgeschlossenen Tarife richtete.

1932 wurde der Wochenlohn der Rheinschiffer von RM.36,-- auf RM.30,-- herabgesetzt, während er vor der Krise sogar noch auf RM.43,-- stand. Gleichzeitig mit den Angriffen der Arbeitgeber auf den Lebensstandard der Arbeiter wurden ihre Unterstützungen für die Nazis immer grösser und offener. Unter dem Schutz der demokratischen weimarer Verfassung, unter den Augen der verantwortlichen Führer, der grossen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wurde der faschistische Umsturz von 1933 organisiert. Von oben her fand man nicht mal mehr den Mut, den Generalstreik zu proklamieren; und die Massen auf die Strasse zu rufen. Man versuchte noch sich gleichzuschalten und als das nicht ging, (Hitler war konsequenter) räumte man die Gewerkschaftshäuser und ging nach Hause. Es begann die Arbeit der Nazis, die es besser verstanden, ihre Machtstellung auszunutzen. Alle proletarischen Organisationen wurden aufgelöst, das Koalitionsrecht aufgehoben, die

Presse- und Versammlungsfreiheit wurde vernichtet und an Stelle aller gewerkschaftlichen Errungenschaften wurde ein Gesetz zur Ordnung der "nationalen Arbeit" erlassen.

Der jeweilige **Unternehmer** wurde zum Betriebsführer ernannt. Die Arbeiterschaft wurde vollkommen versklavt.

Nachdem die Arbeiter wehrlos gemacht waren, änderte sich das Verhalten der Kapitalisten. In allen Tönen und mit allerlei Verschwörungsformeln wurde dem Arbeiter eingeredet, dass seine Interessen mit denen des Unternehmers gleich seien: Betriebs- und Volksgemeinschaft die sich darin dokumentieren, dass der Unternehmer den neuen Arbeiterorganisationen wie DAF, Kraft durch Freude und Schönheit der Arbeit sein allergrösstes Wohlwollen entgegenbringt. Darüber hinaus gewährt der Arbeitgeber geringfügige Zulagen, die ausdrücklich als **f r e i w i l l i g e** bezeichnet werden. Die Gemeinschaft geht selbst soweit, dass die Unternehmer sich bereit erklärten, anlässlich einer teilweisen Neuordnung des Tarifes eine kleine Verbesserung der Freizeit gnädigst zu gewähren.

Worauf ist nun diese Änderung des Verhaltens der Arbeitgeber in unserem Falle der Binnenschiffahrtskapitalisten zurückzuführen?

Sie findet ihre Begründung und alleinige Ursache in der Rüstungskonjunktur, von der seit fast 3 Jahren die Binnenschiffahrt und auch die Seeschiffahrt profitierten. Die vollbeschäftigte Binnenschiffahrt hat, nachdem ein Teil des Personals in die Betriebe an Land abgewandert ist und ein Teil der jüngeren Arbeitnehmer zum Militärdienst eingezogen wurde, keine Reserven mehr an arbeitslosen Binnenschiffern. Das aber heisst, dass sie mit dem jetzt fahrenden Personal, das zum grössten Teil unzufrieden ist, rechnen müssen. Das Personal muss, wenn die Phrase von Volks- und Betriebsgemeinschaft nicht mehr ziehen, mit kleinen Verbesserungen, die dem Reeder wenig oder nichts kosten, wenigstens einigermaßen zufrieden gehalten werden.

Ebenso wie die übrige Arbeiterschaft Deutschlands

haben auch die Binnenschiffer im nationalsozialistischen Staat keine Möglichkeit, durch eine eigne legale Gewerkschaft ihre Forderungen an die Reeder zu stellen. Das heisst aber noch lange nicht, dass die Binnenschiffer mit dem ihnen aufgezwungenen System der Volks- und Betriebsgemeinschaft zufrieden sind. Im Gegenteil, sie sind so unzufrieden, dass selbst die Ausbeuter in dieser Unzufriedenheit eine Gefahr sehen.

Deshalb und nur deshalb die kleinen Verbesserungen. Die Volks- und Betriebsgemeinschaft macht sich für die Reeder bezahlt und deshalb ist er gewillt, den von ihm selbst diktierten "Arbeitsfrieden", der ihm grosse Profite bringt, einzuhalten.

Der nationalsozialistische Staat ist ein kapitalistischer Staat von Ausbeutern und Ausgebeuteten. Man hat, allerdings ohne Erfolg, versucht, die Gegensätze zu überkleistern durch die Phrase der Volks- und Betriebsgemeinschaft und durch die Aufstellung des nationalsozialistischen Unsinn von der Befreiung der Arbeit. Nach 4 Jahren Volks- und Betriebsgemeinschaft sind auch die Denkfaulsten unter den Binnenschiffern, die sich zuerst durch den nationalen Zauber umwerfen liessen, zu der Erkenntnis gekommen, dass die angebliche Volks- und Betriebsgemeinschaft, der diktierte Arbeitsfrieden und die Befreiung der Arbeit nichts anderes bezwecken, als eine bessere und ungestörte Ausplünderung der Arbeitnehmer, im Interesse der Profitsucht der ausbeutenden Schiffahrtskapitalisten.

Von der faschistischen Diktatur des braunen Deutschlands hat die Arbeiterklasse nicht mehr und nicht weniger zu erwarten als immer grössere Versklavung und Verelendung. Deshalb auch geht der Klassenkampf weiter!

1933 wurde die organisierte Arbeiterschaft geschlagen und ihre Gewerkschaften vernichtet, weil sie keine Klassenkampforganisationen mehr waren, weil die deutsche Arbeiterschaft es selbst versäumt oder es nicht verstanden hatte,

sie kampffähig zu machen.

Die Einsicht wächst heute in den Massen, dass der Widerstand organisiert werden muss in

neuen freien Gewerkschaften

die im neuen Deutschland der Arbeiter das durchführen werden, was die alten staatserschaltenden Organisationen versäumt haben!

Das "dritte Reich" aber, der stählerne Koloss auf tönernen Füßen, das Reich ohne genügend Brot, das Reich der Drahtverhaue und des Salatöls in der Tüte, das braune Reich unter dem bezeichnenden Symbol des Hungerhakens wird am Widerstand der Klassenbewussten deutschen Arbeiter, an dem Widerstand, der sich trotz alledem wieder organisiert, zusammenbrechen.

Dafür müssen wir uns rüsten!

Die Unterdrückungsmassnahmen auf dem "freien deutschen Rhein".

Die Polizei regelt den Verkehr. Auch auf dem Rhein ist eine fahrtechnische Kontrolle notwendig.

Dazu waren früher auf der Strecke Buderich - Wesel zu Berg bis Köln 6 Boote nötig, welche auch gleichzeitig für Ruhe und Ordnung sorgten.

Ausserdem waren 2 Boote zwischen Emmerich und Duisburg mit der Nachkontrolle beschäftigt.

Mit der Erneuerung des Staates wurde nun auch die Erneuerung der Polizei nicht vergessen. Sie wurde trotz Volksgemeinschaft beträchtlich verstärkt. Für Lohnerhöhung aber war kein Geld. So sehen wir, dass heute auf genannter Strecke Wesel - Köln 26 Kontrollboote mit entsprechender Besatzung den Arbeitsfrieden garantieren helfen. Der erneute Poli-

zeiapparat ist heute noch Nachkontrolle, d.h. er soll eine ungewünschte Wareneinfuhr verhindern hindern, sei es auch nur im Ausland eingekaufter Proviant der Schiffer für ihre jeweilige Reise. Aber gleichzeitig wird auch die politische Zuverlässigkeit der arbeitenden Volksgenossen mit kontrolliert und hier kommt der eigentliche Zweck dieser ganzen Erneuerung zum Vorschein.

Wenn die gleichgeschalteten westdeutschen Zeitungen (z.B; der Düsseldorfer Stadtanzeiger vom 24. Juli 37 : " 4 neue Nachkontrollboote werden in Dienst gestellt") ihren Lesern weiss machen wollen, dies sei notwendig, da es auf dem Rhein noch zuviel schlechte Volksgenossen gäbe, die unnötig Waren im Auslande kaufen, die schmuggeln, so soll mit solchen Argumenten die Notwendigkeit für die herrschende Klasse, sich immer mehr auf die offene Gewalt zu stützen, verdeckt werden!

Mehr Hüter der Ordnung sind immer nur dort nötig, wo die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sich verschlechtert! Diese vom Klassengegner eingesetzten Polizisten und Soldaten werden schon heute für ihre kommenden Aufgaben, Unterdrückung der rebellierenden Notleidenden, gedrillt.

Das ist der allgemeine Zweck der Verstärkung der Polizeikräfte im "3. Reiche".

Rhenania Praktiken.

Am 1. August dieses Jahres zahlt die Firma Rhenania ihren Schiffsführern eine Teuerungszuschlag in Form einer Gehaltsaufbesserung.

Den Kollegen Schiffsführern bei anderen Grossschiffahrtskonzernen zahlte man diese Zulage schon von Oktober - November 1936 . Auch in der Aufbesserung des Lohnes der Ma-

trosen auf Eilgutbooten und im Spenden der Familienvergünstigung: war das Rhenania-Kontor eines der allerletzten.

Dafür aber dicke Dividenden auch in diesem Jahr an die Volksgenossen Aktionäre und fette Tantiemen und Aufsichtsratsgehälter, Spesen und so weiter von dem Profit, den die Rhenania-Rheinschiffer zusammenkarren!

Aus dem Wesen der heutigen Zeit.

Unser Oberpräsident des Rheinlandes erinnert mal wieder, dass er uns, scheinbar seine Sorgenkinder, noch nicht vergessen hat. In irgend einem Erlass droht er jedem Mann: "Wer beim Schmuggel erwischt wird, dem wird sein Patent entzogen, er bekommt, falls er es noch nicht hat, keins ausgestellt!"

(Dass so ein Oberpräsident sich nicht vorstellen kann, dass unsereins nun mal lieber Qualitätswaren kauft, statt guten deutschen Ersatz, und immer dort, wo es am billigsten ist!)

Natürlich tanzen die nach dieser Seite hin stets liebedienerischen Diktatoren immer nach dieser Pfeife.

Auch unser Kontor hat gleich ein Rundschreiben losgelassen mit dem üblichen Dreh. Und wir, die Erfolgshaftler sehen doch, dass sich Vaterland und Arbeitgeber liebevoll um uns bekümmern.

Wohl schreiben mal die Zeitungen, dass wir Rheinschiffahrtstreibenden noch zum Teil schlechte Volksgenossen sind, welche ihren Kautabak u.s.w. im Ausland kaufen;..... Aber sie können doch unmöglich von den Unterschlagungen von hohen Beamten, meist grossen Personen schreiben, wo würde denn da der Respekt bleiben? Und etwas muss doch die Presse schon bringen. So werden uns doch, wenn wir uns auch schon lange keine Anzüge nach Mass machen lassen können, gleich dutzendweise Verordnungen, Erlasse und Mahnungen angehängen, wahrscheinlich als Ersatz von dem, was wir früher hatten. Mit dem "mehr Lohn" oder "herunter mit den Preisen" war es vor allem für uns

Ledigen in der Rheinschiffahrt leider ja Essig. Aber dafür haben wir laut "Arbeit und Staat" No. 9 den schönen neuen Titel "D e u t s c h e r B i n n e n s c h i f f e r" bekommen. Der Mensch freut sich doch und es gibt ja mehr und höhere Personen in Deutschland, die auf klingende Titel allerhöchsten Wert legen. Der Kirche will man ja auch ans Leder, worauf ich selbst und andere wenig Wert legen, dafür bekommen wir neues "Helden- und Heidentum"! Doch lästern dürfen wir trotzdem nicht, sonst werden wir als Meckerer in ein Lager hineinkonzentriert, was ja schliesslich kein Vergnügen ist.

Aber D u r c h h a l t e n werden wir doch, aber nicht im Sinne der Hurrapatrioten, sondern auf unsere Weise: Bis wieder Freiheit, Recht und Menschenwürde in unserem Vaterlande zur Geltung kommen!

Von einem Stocher der
untersten Kaste der Be-
triebsgemeinschaft.
Math. Stinnes, Mülheim Ruhr.

Anmerkung zur Lohnveränderung in der
Seeschiffahrt.

In sehr unbefriedigender Weise hat man versucht, (gezwungen durch die Zwangslage der Reeder) die Vollchargen in der Seeschiffahrt zu kbdern

durch eine geringfügige Erhöhung der Heuern.

Die Neuregelung in der Binnenschiffahrt bleibt aber dagegen eine noch weniger befriedigende, da sie nur aus freiwillig gewährten Zuwendungen, Gnadenakten der Reeder besteht. Ausserdem haben die Ledigen bisher überhaupt keinen Teuerungs- ausgleich bekommen. Die Rheinstromgewartigen denken garnicht daran, irgend welche weiteren Zugeständnisse in der Lohnfrage zu machen.

Es ist deshalb nötig, ebenso wie es in der Seeschiffahrt war und ist, auch in der Rheinschiffahrt die Unzufriedenheit so zu steigern, dass sie den Reedern gefährlich wird.

Organisiert die Selbsthilfe!
